

	<p style="margin: 0;"><b>Stadt Backnang</b> für die vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft</p> <p style="margin: 0;"><b>Sitzungsvorlage</b></p>	<p style="margin: 0;"><b>N r .      003/11/VVG</b></p>
--	--	--

<b>Federführendes Amt</b>	Bauverwaltungs- und Baurechtsamt		
<b>Behandlung</b>	<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
zur Beschlussfassung	gemeinsamer Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	03.02.2011	öffentlich

**6. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich Auenwald, Fläche für Gewerbe und Sport (Tennis)**  
**- Feststellungsbeschluss**

**Beschlussvorschlag:**

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 30.11. – 30.12.2009 vorgebrachten Anregungen entsprechend der Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 09.11.201 zu entscheiden und dies den Beteiligten mitzuteilen.
  
2. Die 6. Änderung des Flächennutzungsplans der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Bereich Auenwald, Fläche für Gewerbe und Sport (Tennis) nach Maßgabe des Deckblatts des Stadtplanungsamts und der Begründung vom 04.11.2008 mit Umweltbericht des Büros HEITZMANNPLAN vom 09.09.2008/18.09.2009 festzustellen.

<b>Haushaltsrechtliche Deckung</b>	<b>HHSt.:</b>		
Haushaltsansatz:		- EUR	- EUR
Haushaltsrest:		- EUR	- EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		- EUR	- EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		- EUR	- EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		- EUR	- EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		- EUR	- EUR

<b>Amtsleiter:</b>	<b>Sichtvermerke:</b>					
	I	II	10	20	60	61
17.01.2011  _____ Datum/Unterschrift	Kurzzeichen Datum					

**Begründung:**

Entsprechend dem Beschluss des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft vom 08.10.2009 wurde der Planentwurf mit Begründung einschließlich Umweltbericht in der Zeit vom 30.11. – 30.12.2009 öffentlich ausgelegt.

Die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Anregungen und die hierzu ergangene Stellungnahme des Stadtplanungsamts vom 09.11.2010 werden in ihrem wesentlichen Wortlaut in der Sitzung vorgetragen.

Nach der Beschlussfassung im gemeinsamen Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft wird die 6. Änderung des Flächennutzungsplans dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorgelegt.